

IV. Abschnitt

Die Grenzen des »Containerstaats« – Versuch einer Neuorientierung

LISBETH ZIMMERMANN

»Wenn von Politik die Rede ist, tritt fast automatisch der Staat in den Blick,« so fasst Niklas Luhmann (1998: 345) die Besonderheit des politikwissenschaftlichen Denkens zusammen. Ähnliche Aussagen ließen sich sicher für die Rechtswissenschaften oder die Volkswirtschaftslehre treffen, ist der Staat doch in den Gesellschaftswissenschaften immer noch zentrale Einheit für Analyse und Theoriebildung. Insbesondere in den westlichen Ländern ist diese klassische Form von Ordnungsdenken zudem fest mit bestimmten Konzepten verknüpft, die zu einem funktionierenden Staat gehören; so beispielweise die Vorstellung einer Nation sowie ein spezifisches Modell von verfassungsbasierter Demokratie, Souveränität und Legitimität. Der »methodologische Nationalismus« (vgl. Zürn 2001), nach dem die Welt natürlicherweise in Staaten zerfällt, besitzt also auch eine normative Komponente.

Bei der Beschreibung vieler lokaler, transnationaler und supranationaler Phänomene insbesondere in nicht-westlichen Zusammenhängen zeigen diese Ansätze deutliche Defizite: erstens, da ihrem analytischen Fokus bestimmte Formen nichtstaatlicher Ordnung entgehen, und zweitens, da ein Mangel bei der Umsetzung dieses normativ aufgeladenen Staatsmodells auch mit einem Mangel an Ordnung assoziiert wird. Alle drei folgenden Beiträge behandeln solche Phänomene und ihre Herausforderungen für das klassische Modell des »Containerstaats«.

Jan-Hendrik Kamlage, Till Kathmann und Sonja Wrobel hinterfragen in ihrem Beitrag »Transformationen europäischer Grenzen« die Beschaf-

fenheit der – für Staaten so zentralen – territorialen Abgrenzungslinien und die Auswirkungen der Europäischen Integration auf diese. Der Integrationsprozess hat zu einem Wandel und zu einer Wanderung der nationalstaatlichen Grenzen geführt: Genuin nationalstaatliche Aufgaben werden durch einen Prozess der Makroterritorialisierung zunehmend von supranationalen Behörden wahrgenommen; ehemals physisch-materielle Grenzlinien lösen sich zugunsten den Grenzen vor- wie nachgelagerter Hürden auf, die über Inklusion und Exklusion des Einzelnen entscheiden. Die Selektivität der europäischen Grenzen hat so stark zugenommen. Doch obwohl die Staaten auf zentrale Aufgaben verzichten, wird die Kontrolle über das ehemals physisch umgrenzte Staatsgebiet durch die Verschiebung und den Wandel der Grenzordnung noch größer.

Corinna Jentzsch und Jan-Thilo Klimisch greifen in ihren jeweiligen Beiträgen das Phänomen lokaler und regionaler Ordnungen auf, die in den beiden Fallbeispielen Sudan und Demokratische Republik Kongo teilweise staatliche Ordnung ersetzen. Die Konzentration der Analyse in der Politikwissenschaft auf das Funktionieren staatlicher Ordnung (nach westlichem Vorbild) auf einem nationalen Niveau hat diesen Gebieten angesichts von Bürgerkrieg und fehlgeschlagenem *Peacekeeping* in Wissenschaft wie Praxis das Label *failed state* eingebracht. Gleichge setzt wurde diese Bezeichnung mit einem Bild, nach dem in diesen Staaten Chaos und Unordnung herrschten. Stattdessen wird staatliche Ordnung in vielen Fällen informalisiert (Schlichte 2005: 285-286) und durch nicht-staatliche Akteure (ob *warlords* oder Rebellengruppen) ausgeübt. Jentzsch und Klimisch analysieren lokale und regionale Kontexte, in denen das Vakuum des Staates mit Sicherheitsordnungen gefüllt wird, auch wenn diese von normativen Grundansprüchen legitimer staatlicher Ordnung weit entfernt sind.

Diese entstehenden Ordnungen sind nicht mehr streng an staatliches Territorium gebunden und können darüber hinaus, abhängig von Macht- und Akteurskonstellationen, sehr unterschiedliche Ausprägungen und Qualität annehmen bzw. eine gewisse Stabilität ausbilden. Statt »Unordnung« finden sich also alternative Ordnungen, die mit im Staatsdenken verfangenen Theorieansätzen und Analysekategorien kaum erfasst werden können.

In beiden Beiträgen treten die Handlungslogik und Interessen der relevanten Sicherheits-/Gewaltakteure in das Zentrum der Erklärungen für die entstandenen nicht-staatlichen Ordnungen.

Jan-Thilo Klimisch analysiert in seinem Beitrag zur »*Dynamik von Gewaltmärkten und Gewaltoligopolen*« anhand dreier regionaler Fallstudien im Sudan, nach welcher Handlungslogik Sicherheitsordnungen in

Gewaltmärkten oder Gewaltoligopolen von nicht-staatlichen Akteuren aufgebaut werden; also inwiefern diese einer rein rational-ökonomischen oder auch einer identitären Logik folgt. Es zeigt sich, dass rationale Ansätze erklären, warum Sicherheitsakteure in sogenannten *failed states* in verschiedenen Konstellationen eine bestimmte Form von Sicherheitsordnung bereitstellen. Wie inklusiv oder exklusiv diese gegenüber verschiedenen Bevölkerungsgruppen gestaltet werden, ist wiederum auch von einer identitären Logik, bspw. ethnischen oder religiösen Gründen, beeinflusst.

Corinna Jentzsch behandelt in ihrem Beitrag »*Governance without Goverment*« die Frage, welche Formen regionale, nicht-staatliche Ordnungen in *failed states* annehmen können und wann es Sicherheits-/Gewaltakteuren angemessen erscheint, Ordnungsstrukturen höherer Qualität in Bezug auf Inklusivität und Institutionalisierung anzubieten. Am Beispiel der beiden Gruppen des *Rassemblement Congolais pour la Démocratie* und der *Mayi-Mayi* in der Kivu-Provinz der Demokratischen Republik Kongo wird deutlich, dass der Aufbau von politischer Ordnung den Gewaltakteuren besonders interessant erscheint, wenn eine gewisse Legitimität der angebotenen Ordnung bei der Bevölkerung nach außen demonstriert werden muss, z. B. in Pattsituationen oder vor allgemeinen Friedensverhandlungen mit anderen Gewaltakteuren. Nicht-staatliche Ordnungen sind so eher ein Mittel zur Umsetzung bestimmter Interessen gegenüber möglichen Rivalen, als Ziel des Handelns der relevanten Akteure.

Ein besonderer Dank für Anregungen und Ideen zu den drei Beiträgen geht an Prof. Dr. Klaus Schlichte und Matthias Klein, die im Rahmen der Tagung *Ordnungen im Wandel* den Workshop »Grenzen des Containerstaats« als Experten begleiteten.

Literatur

- Luhmann, Niklas (1998): »Der Staat des politischen Systems. Geschichte und Stellung in der Weltgesellschaft«. In: Ulrich Beck (Hg.), Perspektiven der Weltgesellschaft, Frankfurt am Main: Suhrkamp, S. 345–380.
- Schlichte, Klaus (2005): Der Staat in der Weltgesellschaft. Politische Herrschaft in Asien, Afrika und Lateinamerika. Frankfurt/New York: Campus.
- Zürn, Michael (2001): Politik der postnationalen Konstellation, über das Elend des methodologischen Nationalismus. In: Landfried, Christiane (Hg.), Politik in einer entgrenzten Welt. Köln: Verlag Wissenschaft und Politik, S. 181 – 203.

